

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 86 (2011)
Heft: 11

Artikel: Angst vor dem Volk?
Autor: Fäh, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717753>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angst vor dem Volk?

Die bürgerlichen Fraktionen beschlossen Planungseckwerte (100 000, 5 Milliarden).

Die Linke stimmte dagegen. Die Grünliberalen sagten nichts, unterstützten aber die Linke. Worum geht es dabei und wie geht es weiter?

DIE SICHERHEITSPOLITISCHE ANALYSE VON OBERST PAUL FÄH

Im Zentrum der Debatte standen die Finanzen und speziell der Tiger-Teilersatz. Die knappe Ablehnung des SP-Referendumsantrags schürte Emotionen. Von «miesen Tricks» und «Gangstermethoden» der Bürgerlichen war die Rede. Schlagzeilen à la «Kampfjets: Volk ausgeschaltet» in den Printmedien führten zu Irritationen. Inzwischen hat sich der Ton etwas versachlicht. Die Armee wird Wahlkampfthema bleiben. Die politischen Fronten sind und bleiben starr.

Ein Planungsbeschluss zu einem Bericht, der mit seinen Bestandes- und Finanzierungsvorgaben in Opposition zu den Anträgen des Bundesrats steht, ist alles andere als alltäglich. Die erforderliche Botschaft kann daher nicht mit einem Alltagsablauf erstellt werden. Die Departemente, insbesondere das VBS und das EFD, und der Gesamtbundesrat sind gefordert.

Finanzen als Schlüssel

Der Bundesrat muss bis spätestens Ende 2013 seine Erlassentwürfe für die Weiterentwicklung der Armee (WEA), enthaltend Revision Militärgesetz und parlamentarische Verordnung über die Armeeorganisation (AOV) sowie Kreditanträge, zusammen mit einer Botschaft dem Parlament vorlegen. Planungseckwerte sind Vorentscheidungen. Weicht der Bundesrat davon ab, so hat er dies zu begründen (Art 28 ParlG).

Mit dem Planungsbeschluss sind weder Finanzbeschlüsse noch Ausgaben verbunden. Auch das Referendum ist nicht vom Tisch. Primär zu entscheiden ist, ob das Paket Tiger-Teilersatz gemäss den Erwartungen der Parlamentsmehrheit vorgezogen (Typenentscheid bis Ende 2011, Antrag für Kampfjetkauf mit Verpflichtungskredit im Rüstungsprogramm 2012) oder zusammen mit den Anträgen zur Weiterentwicklung der Armee behandelt werden soll.

Die Finanzen sind der Schlüssel. Die Befürworter des Beschlusses sind der Ansicht, die Finanzierung sei machbar; die Gegner warnen vor inakzeptablen Folgen. Eine Analyse der Auswirkungen des Bun-

desbeschlusses (BB) auf den Finanzplan und auf die Finanzen der anderen Departemente ist Voraussetzung für einen bundesrätlichen Grundsatzentscheid.

Mehrere Varianten

Das Finanzierungskonzept hängt davon ab. Möglichkeiten: gesetzlich geregelter Ausgabenplafond für alle Militärausgaben, Rüstungsprogramme mit Verpflichtungskrediten, gesetzlich geregelter Sonderkredit für eine einmalige Investition. Gesetze unterstehen dem fakultativen Referendum; Verpflichtungskredite könn(ten) ihm unterstellt werden. Die Schuldenbremse ist zu respektieren (BV Art 126). Möglicherweise muss der Ausgabenplafond reduziert werden.

Eine Botschaft, welche die Planungsvorgaben beachtet und die Haltung des Bundesrates berücksichtigt, bedingt den Einbezug aller Departemente. Das VBS erarbeitet das Armeeleitbild. Das EFD hat die Finanzinteressen aller Departemente zu vertreten. Die Erarbeitung der Botschaft dürfte ca. ein Jahr dauern. Die weiteren Schritte sind klar: Bundesratsbeschluss, Vernehmlassung, Bereinigung, Verabschiedung zuhänden der Bundesversammlung.

2014 kommt das Parlament erneut zum Zuge. Es werden die gleichen Bereiche umstritten sein wie 2011. Der Unterschied: Es geht es nicht mehr um «blosse» Planungsvorgaben, sondern um parlamentarische Beschlüsse in rechtlichen und finanziellen Fragen. Zusätzlich werden die Revision des Militärgesetzes und der AOV zu reden geben.


Volk hat letztes Wort

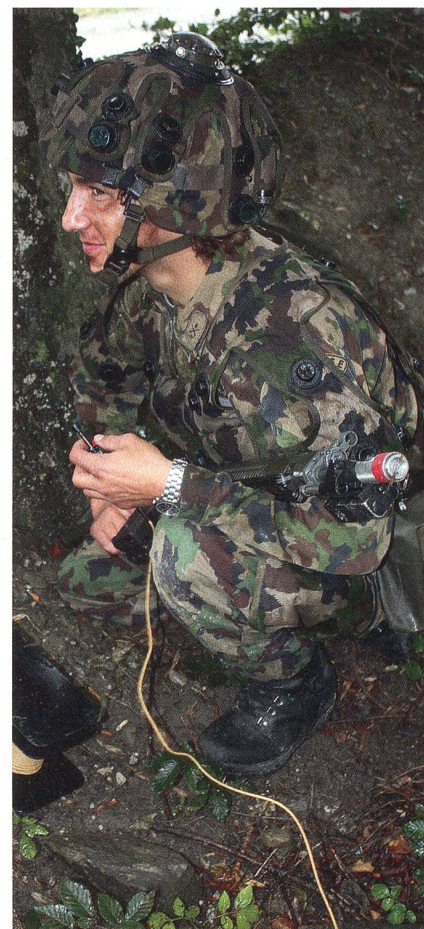
Die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ist spätestens am 6. Januar 2012 einzureichen. Die notwendige Unterschriftenzahl dürfte erreicht werden. Eine Annahme würde an den Grundfesten der Schweizer Armee rütteln.

Die Volksinitiative gegen den Kampfjetkauf wird früher oder später gestartet. Die 100 000 Unterschriften sind kein Pro-

blem. Klar ist: Unabhängig davon, was das Parlament entscheidet, das Volk wird das letzte Wort haben. Der Vorwurf, die Bürgerlichen hätten Angst vor dem Volk, ist daher haltlos.

Fazit

Der BB ist ein erster Schritt für eine Armeementwicklung in unserem Sinne. Entscheide fallen frühestens ab 2013 (TTE!). Abhängig dürften sie nicht zuletzt davon sein, wie dannzumal die gesellschaftliche, wirtschaftliche, finanzielle und sicherheitspolitische Lage sein wird. 



Die Schweiz bleibt wehrbereit.